Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 73. Mittwoch, den 19. September 1934. 83. Jahrgang.

Pressefreiheit

Der amerikanische Zeitungsmagnat Hearst hat von Bad Nauheim aus dem Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP., Alfred Rosenberg, einen Brief geschrieben, in dem das gegenwärtig so heikle Problem der Pressefreiheit angeschnitten wird. Hearst ist als Zeitungsverleger eine umstrittene Persönlichkeit. Er gehört zu den Männern jener Richtung, die die Zeitung als Mittel zur Beeinflußung der öffentlichen Meinung im Sinne einer kapitalistischen Gruppe für berechtigt halten und ist also seinem Weltgebilde nach ein Liberaler von reinstem Wasser. Der Hearst'sche Pressekonzern steht gegenwärtig in offener Fronde gegen die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Roosevelt, die es sich ja zum Ziele setzt, die liberale Aera der amerikanischen Wirtschaft in eine Planwirtschaft zu überführen. Man sagt, Hearst's Aufenthalt in Deutschland sei dem Studium der deutschen Methode der zentralistischen Dieregierung der Presse gewidmet.

In seinem Schreiben an Alfred Rosenberg läßt sich nun Hearst bezeichnenderweise über die Presse f r e i h e i t in Amerika aus und sagt: „Niemand behauptet, daß unsere Presse oder irgendeine Presse der Welt vollkommen ist, aber unsere Ueberzeugung und unser Glaube sind, daß die Nachteile und Gefahren einer kontrollierten Presse t a u s e n d m a l g r ö ß e r sind als die Schwierigkeiten, welche gelegentlich aus dem Mißbrauch von Pressevorrechten entstehen."

„Alle offiziellen Persönlichkeiten in unserem Lande sind der Kritik ausgesetzt und haben nichts Besonderes dagegen einzuwenden. Wenn die Kritik berechtigt ist, lernen sie daraus, wenn sie unverdient ist, werden sie dadurch nicht wirklich gekränkt, weil sie sich gerechtfertigt fühlen, und weil sich eine Kritik selbst richtet durch Ereignisse, die, über allen Gegensätzen stehend, zeigen, was wahr und richtig ist."

Zur Rassenfrage sagt Hearst: „Rassen sind, ihrem Range nach, sehr verschieden. Es gibt sehr große Unterschiede zwischen den Menschen in Europa und denen in Afrika, ebenso große zwischen Europäern und Asiaten. Aber es gibt sehr wenig Unterschiede zwischen den verschiedenen Völkern Europas.

Die Völker Europas sind verschiedene Volksstämme. Das ist alles. Es sollte ein Reich der „V e r e i n i g t e n S t a a t e n v o n E u r o p a" geben, in welchem alle europäischen Völker im Frieden miteinander leben und nur bereit dazu, ihre abendländische Zivilisation gegen orientalische Invasionen zu verteidigen.

Europa würde seinen Reichtum und seinen Fortschritt weit besser durch Frieden aufbauen und seine Kräfte für den Tag einer möglichen Gefahr vom Orient aufsparen. Dies war des letzten Kaisers Besorgnis, und in diesem Punkt wenigstens hatte er recht."

Mit der Frage der Friedensförderung setzt sich der Amerikaner in folgender Weise auseinander: „Der erste notwendige Schritt für den Frieden ist das Verlangen nach Frieden und die Basis des Friedens muß Gerechtigkeit sein. Der zweite Schritt mag auf eine ehrliche kooperative Vereinigung der europäischen Nationen gerichtet sein, für eine aufrichtige gegenseitige Förderung."

An einer anderen Stelle sagt dann noch der Amerikaner ziemlich grob: „I h r i n E u r o p a k ö n n t d e n n ä c h s t e n K r i e g f ü r e u c h a l l e i n f ü h r e n, u n d i c h g l a u b e n i c h t, d a ß d a n n v i e l v o n E u r o p a ü b r i g b l e i b e n w i r d."

Alfred Rosenberg hat, wie die deutsche Presse berichtet, den Brief Hearst's am 14. September mit einem ausführli-

Russlands Aufnahme vollzogen

39 Delegationen stimmten für Aufnahme

Am Dienstag um 18 Uhr ist die Vollversammlung des Völkerbundes zusammengetreten, um die letzten Formalitäten der Aufnahme Rußlands zu beenden. Die diplomatischen Tribünen und Publikumsgalerien waren überfüllt. Nach der Vorlesung des Berichtes der politischen Kommission wurde zur Abstimmung geschritten. Die Delegationsführer antworteten mit Ja und Nein. Die Zahl der Delegationen beträgt 49. Sie haben sich der Stimme enthalten. Da 39 Delegationen sich für die Aufnahme ausgesprochen haben, ist also Sowjetrußland offiziell aufgenommen.

Der Völkerbund durch den Rätebund gestärkt

Die „Kölnische Zeitung" tanzt aus der Reihe

Groves Aufsehen erregt ein Artikel der „Kölnischen Zeitung", der fast genau das Gegenteil dessen sagt, was sonst in der deutschen Presse in den letzten Tagen zu lesen war. Der Artikel polemisiert in sehr scharfer Form gegen die außenpolitischen Auffassungen in der deutschen Presse. Das Blatt meint, daß die beiden Welten von Genf und von Moskau sicherlich nie eins werden, aber beide werden von der Zusammenarbeit einen Gewinn haben. Abschließend schreibt die „Kölnische Zeitung": Wie man sich auch zum Völkerbund und zum Völkerbundgedanken stellt, niemand, der ernst genommen werden will, kann bestreiten, daß der Völkerbund durch den Beitritt des Rätebundes gestärkt wird und einen weiteren Schritt zur Universalität macht.

Dieser Artikel wird als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Isolierungspolitik der offiziellen Führung bewertet. Einen Rückschluß auf die amtliche Politik läßt der Artikel nicht zu, da die einstigen Beziehungen zwischen dem Blatt und dem Auswärtigen Amte unter der Ministerschaft Stresemanns heute nicht mehr bestehen.

Debatte um Sowjetrussland

Bundesrat Motta spricht Europas Sorgen aus

Der politische Ausschuß des Völkerbundes trat am Montag nachmittags zusammen, um die Frage der Aufnahme Sowjetrußlands zu prüfen. Der Saal war überfüllt. Als erster Redner kam der partugiesische Außenminister zu Wort und führte aus, die Anschauungen Sowjetrußlands ständen vom politischen, juristischen und moralischen Standpunkte aus gesehen in brutalem Widerspruch zu einem wirklichen europäischen Geiste.

Dann erhielt der schweizerische Delegierte, Bundesrat Motta, das Wort. Er drückte zunächst sein tiefes Bedauern darüber aus, daß er im Widerspruch mit den Gefühlen der großen Mehrheit stehe. Er erinnerte daran, daß er in der ersten Vollversammlung des Völkerbundes 1920 persönlich für die Aufnahme Sowjetrußlands eingetreten sei, „sobald es von seinem Rausch und von seinem Elend geheilt sein wird." Das Nein der Schweiz, sagte Motta, ist der Ausdruck des freien und spontanen Willens eines Volkes, welches keine Zensur und sogar keine amtliche Presse kennt. Kommunismus und Sowjetstaat seien eins. Die sowjetistische Ideologie ist die Verneinung aller Auffassungen der Kulturwelt auf religiösem, sozialen, moralischem, politischem und ökonomischem Gebiet. Die Geistigkeit in jeder Form, sowie das Prinzip der Familie, des Individualismus und des Privateigentums werden in Sowjetrußland systematisch unterdrückt. Die Schweiz könne sich also den Hoffnungen nicht anschließen, welche man in die Teilnahme Sowjetrußlands an der Organisation des Friedens setzt.

Der ernste, ruhige, tief überzeugende Ton dieser Rede wurde mit warmen und langen Beifall aufgenommen.

chen Dankschreiben beantwortet, das die Verschiedenheit der Auffassungen in einzelnen Punkten aus den verschiedenen Schicksalen der Vereinigten Staaten und Deutschland erklärt, im übrigen aber dem Amerikaner für seine „energischen" Ausführungen dankt, mit denen er in der großen Linie weitgehend übereinstimmt." Alfred Rosenberg hat beispw. die Verschiedenheiten der Schicksale in Deutschland und Amerika, so ausgelegt, daß in dem weiträumigen Amerika die Presse andere Bedingungen habe als im beengten Deutschland. Ein Standpunkt, zu dem sich nicht jedermann bekennen wird, falls er nicht von vorneherein der gleichen Ansicht wie Alfred Rosenberg ist, daß es ein Unterschied sei, ob die „Times" in einem kleinen Arbeitszimmer oder in der weiten Halle des Berliner Sportpalastes gelesen werden. Auch sonst scheint die Praxis, die der Chefredakteur des „Völk. Beobachter" verfolgt, ganz und gar nicht mit „der großen Linie" übereinzustimmen, die der Amerikaner Hearst vorgezeichnet hat. Krtik ist nicht nur verpönt, verrufen und unerwünscht sondern sogar auch verboten, worin wir nun ein wesentliches Merkmal der Verschiedenheit der Schicksale Deutschlands und Amerikas sehen, wo man die Menschen, die etwas zum Wohle des Landes zu sagen haben, auch reden läßt. Die Uebereinstimmung in „der großen Linie", von der Alfred Rosenberg spricht, scheint auf einem Mißverständnis zu beruhen oder er hat den Amerikaner überhaupt nicht verstanden.

Da beobachtet werden muß, daß die Gesangbücher der deutschen protestantischen Landeskirchen eine alte christliche Tradition habe, an diesen Liedern große deutsche christliche Persönlichkeiten gearbeitet haben und das „Gesangbuch" das eigentliche Hausbuch des protestantischen Christen geworden ist, erscheint dieser Vorstoß ungeheuerlich. Insbesondere in Württemberg und Bayern wird der Sturm gegen die altgewohnten und nichts weniger als jüdisch empfundenen Namen und Ausdrücke eine Gegenwehr erregen.

Die beabsichtigten Aenderungen betreffen älteste und bekannteste Lieder, vielfach Perlen christlicher Dichtung. Gottlieb Konrad Pfaffels „Jehovah! Deinem Namen sei Ehre, Macht und Ruhm" aus dem 18. Jahrhundert würde „dran glauben" müssen. Ferner das vielgesungene Lied Schurleks aus dem 17. Jahrhundert „Hosianna! Davids Sohn kommt in Zion eingezogen . . .!" eines der eigentlichen protestantischen Adventslieder. Wie würde es Rankes „Tochter Zion, freue dich, jauchze laut, Jerusalem!" ergehen? Welche Verballhornungen werden nötig sein, um das herrliche Lied Nicolais aus dem 16. Jahrhundert „Wie schön leuchtet der Morgenstern" zu „verbessern", in dessen erstem Vers es schon heißt „O guter Hirte, Davids Sohn, mein König auf dem Himmelsthron, du hast mein Herz umfangen . . ."

Aber den Gipfel würde die Aenderung von Martin Luthers bekanntem „Eine feste Burg ist unser Gott" bilden, in dem auch von „Jesus Christus, dem Herrn Zebaoth" die Rede ist.

Diese angeblichen „jüdischen Reste" sind naturgemäß nicht jüdisch, sondern von ungezählten Millionen von Christen des deutschen Volkes als Glaubens- und Trostlieder gesungen, ja gebetet worden. Begreiflich genug, daß die bekenntnistreuen protestantischen Kreise in Deutschland den ersten gewaltigen Vorstoß der „Deutschen Christen" gegen dieses längst christliche Gut ihrer Kirche als einen Anfang ansehen, auch andere christliche Bekenntnisgüter zu stürzen. Dagegen kämpfen sie, lassen sich maßregeln. Und werden hoffentlich „das Feld behalten".

Die „Deutschen Christen" gegen das Gesangbuch

Fortsetzung der Zersetzungsarbeit im Protestantismus

Die „Deutschen Christen", die auch den Reichsbischof Müller stützen, entfalten neuerdings wieder eine rührige Aktivität. Die Amtseinführung des Reichsbischofs Müller am 23. September soll die Gelegenheit geben, die Macht und den Fortschritt der „Deutschen Christen", die den Staat über die Kirche stellen, zu zeigen. Am 21. und und 22. September sollen daher im Berliner Sportpalast große öffentliche Kundgebungen stattfinlden und eine Arbeitstagung von 2000 Sondervertretern, wird im Berliner Preußenhaus die Fragen theologischer Grundsätze und des neuen Aufbaues der Gemeinden behandeln.

Nun erfährt man, daß zunächst eine „Reinigung" des evangelischen Gesangbuches geplant ist. Wenn man weiß, welche ungeheure Bedeutung dem Gesang der Gemeinde im protestantischen Gottesdienst zukommt, kann man die Bedeutung dieses Vorstoßes der „Deutschen Christen" unschwer ermessen.

Der Vorstoß, über den in Deutschland seit einigen Tagen mit großer Sorge in den bekenntnistreuen Kreisen diskutiert wird, wurde durch eine Verlautbarung der „Deutschen Christen" im Gemeindekirchenrat zu Dortmund-Wickede angekündigt.

Der unerträgliche Jehovah.

In dieser Ankündigung heißt es, daß die im Gottesdienst verbliebenen „jüdischen Reste" ausgeschaltet werden müßten. Es heißt hier ferner wörtlich:

„Durchdrungen von der göttlichen Sendung des deutschen Volkes und der Ueberzeugung von der rassischen Minderwertigkeit des Judentums, dessen Ursprung Jesus Christus selbst als wahrhaft teuflisch bezeichnete (?!), fühlt sich die hiesige Gemeindegruppe der „Deutschen Christen" getrieben, im heiligen Kampfe gegen die unselige Zwiespältigkeit unseres Glaubenslebens die erste Vorpostenstellung zu stürmen. Die hiesige Gemeindegruppe stellt daher folgenden Antrag: Alle Lieder und liturgischen Stellen mit Namen und Ausdrücnke, wie „Gott Zebaorh", „Jehovah", „Hosianna", „Zion" und dergleichen, werden im Gottesdienst nicht mehr gebraucht. Das nächste Ziel muß wenigstens sein die Entjudung und die Reinigung unseres Kirchengesanges. Unsere treibende Kraft ist der Glaube an Jesus Christus, der kein Jude war."

DER WOLF VON OLSTENNA

Ein Abenteuerroman aus dem nördlichen Schweden von Ludwig Osten

21. Fortsetzung.

Der Probst nimmt dankend an und beginnt ohne lange Vorrede: „Wo ist Märtjä?"

„In Paris!"

„Warum hast du sie nicht wieder mit in die Heimat gebracht, Arve? Weißt du nicht, daß Bärilak auf sie wartet?"

Arve hört den Vorwurf aus den Worten des Freundes. „Elias, ich wünsche Bärilak, dem großen Jäger, eine bessere Frau als Märtjä. Weißt du, daß sie schlecht ist?"

„Sie ist im Herzen noch die Heidin, wie es ihre Vorfahren waren, wie es der alte Sumi heute noch ist. Ich weiß es."

Arve Olstenna sieht den Propst schmerzlich bewegt an. „Eli, du kennst das bittere Geschick unseres Geschlechts. Du weißt, wie krank mein Herz war nach dem furchtbaren Erleben der Jahre. Da kam eines Tages Märtjä zu mir. Sumi sandte sie mit einer Botschaft. Die Botschaft war eine Bettelei. Märtjä brachte des alten Sumis unverschämte Bettelei so treuherzig hervor, daß ich nicht böse sein konnte. Ich willfahrte dem Wunsche des Alten und sandte ihm das erbetene Geschenk. Ich glaube heute, daß Sumi [illegible] kupplerischen Absichten Märtjä zu mir sandte. Aber weiter! Ich sah Märjä. Sie war schön, sie war jung . . . und kam mir so vertrauensvoll entgegen, daß ich glaubte, eine kindhafte Liebe dränge sich mir entgegen. Sie kam mehrmals. Bis sie mir gestand, daß ihr Bärilak nachstelle, daß sie ihn nicht möge, sie wolle fort von ihrem Volke, sie verelende. Sie bat mich, mit ihr fortzugehen. Und . . . da habe ich ihr den Wunsch erfüllt. Ein schmerzlicher Atemzug geht aus Arves Brust.

„Und dann? Wurde sie deine Geliebte?"

„Nein! Niemals war sie das! Ich suchte die Liebe, aber mein Kopf, mein Herz war klar genug geblieben, um zu erkennen . . . ob es Liebe ist oder nicht. Und es war keine Liebe, Eli, denn dann hätte ich sie zu meinem Weibe gemacht. Es war die Sucht zum Genuß! Ich war ihr Mittel zum Zweck. Sie wollte in die große Welt. Ich habe ihr den Wunsch erfüllt. Vielleicht war das Sünde, aber ich tat's. In Paris verließ sie mich, nicht ohne daß sie vorher um Geld gebeten hatte. Ich stellte ihr vor, wie bitter sie an ihrem alten Vater handele, und beschwor sie, mit mir zurückzukehren, aber sie lachte mich aus. Es gefiel ihr so gut, und sie hätte einen so netten guten Freund gefunden, bei dem sie bleiben wolle. Ich konnte sie nicht zwingen, sie war großjährig."

„Und dann . . .?"

„Ich verließ Paris und fuhr in der Welt herum, war in London, in Rom, wo ich Hanna de Groot kennenlernte, um dann wieder heimzukommen.

„Und Märtjä?"

„Märtjäs Briefe lauten dahin, daß es ihr gut geht!"

„Und du hast nicht gewußt, daß sie die Verlobte Bärilaks war?"

„Bei Gott, ich hab's nicht gewußt. Sie hat mich belogen, wenn sie erzählte, daß er ihr nachstelle und sie ihn nicht möge."

„Was wird mit ihr werden? Soll sie untergehen im Sumpf der Großstadt?"

„Sie wird nicht untergehen. Sie ist schlecht . . . aber lebenszäher als alle anderen. Die behauptet sich! Die setzt sich durch, irgendwie. Sie ist schlau, gerissen, vorsichtig. Sie ist eine gute Schauspielerin. Nein, Eli, eines Tages wird sie wiederkommen und abermals ihr Spiel mit mir versuchen. Wird die Ihren besuchen und von ihrem Leben in der großen Welt prahlen, wird des alten Sumi Gewissen, wenn er eins hat, mit einer Hand voll Goldstücke besänftigen, wird Bärilak eine Komödie vorspielen . . . und dann wird sie wieder verschwinden, in den Strudel der großen Welt."

Der Propst sieht den Freund herzlich an.

„Ich glaube dir, Arve!" sagt er warm „Aber ich sorge mich um dich! Bärilak, der große Jäger, haßt dich! Und er wird alles versuchen, um die Schmach mit Blut abzuwaschen. Soll's dich, den Letzten des Stammes, noch treffen? Ich will versuchen, mit Bärilak zu sprechen."

(Fortsetzung folgt!)

Diktatorische Gewalt in der Kirche.

Reichsbischof Müller hat den Bischof der württembergischen Landeskirche Wurm seines Amtes dispensiert. Landesbischof Wurm ist eine jener Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, die sich am energischsten der Einverleibung der Landeskirchen in die Reichskirche widersetzten. Man hatte es in Württemberg zuerst mit der Einsetzung eines Sonderkommissars versucht, aber 90 Prozent der Pfarrer des Landes hatten sich mit ihrem Bischof solidarisch erklärt. Im übrigen erwies sich die finanzielle Kontrolle, die der Kommissar durchführen sollte, als ein bloßer Vorwand, da die obersten Funktionäre der Landeskirche, die der Reichsbischof inzwischen gleichfalls entlassen hat, genaue Aufschlüsse über die stehenden Gelder gegeben haben. Wenn die jetzige Verlautbarung über die Enthebung Wurms wiederum davon spricht, daß der Landesbischof Gelder den ordentlichen kirchlichen Zwecken entzogen hat, so wird damit vor allem gemeint, daß von der württembergischen Landeskirche die Bekenntnissynode in Oynhausen zum Teil finanziert wurde, die sich gegen die Reichskirchenregierung gestellt hatte. Wurm besitzt selbstverständlich nach wie vor das Vertrauen seiner Landeskirche, hingegen wird die Position des Reichsbischofs selbst immer schwächer. Schon werden Auflösungen von Ortsgruppen der Deutschen Christen, wie in Berlin-Zehlendorf, gemeldet, die nicht mehr mit den Vertretern ihrer eigenen Richtung einverstanden sind.

In Hannover ist übrigens ein lutherischer Rat gegründet worden, der als eine Art **Gegenregierung** gegen den Reichsbischof aufzufassen ist und dem die Landesbischöfe von Württemberg, Bayern und Hannover, sowie zahlreiche hervorragende kirchliche Funktionäre aus allen Teilen des Reiches angehören. Wie gespannt die Stimmung innerhalb der evangelischen Kirche ist, zeigt auch die Tatsache, daß unausgesetzt kirchliche Tagungen, Synoden und Kongresse stattfinden.

Geistige Verwirrung.

Eine bemerkenswerte Uebersicht über die im Dienste der verschiedenen „heidnischen Glaubensbewegungen" zur Ueberwindung des Christentums heute stehenden reichsdeutschen Zeitschriften veröffentlicht die „Frankf. Ztg." vom 4 September, Nr. 448-9:

Dieser Quelle zufolge gibt das vom Grafen Reventlow herausgegebene Kampfblatt der sogenannten „Hauerbewegung" genannt nach dem Philosophen Professor Hauer, der „Reichswart", eine Auflage von 28 738 an, das von Professor Hauer herausgegebene Führerblatt der Deutschen Glaubensbewegung „Deutscher Glaube" eine solche von 5000. Beide aber werden übertroffen durch die von Dr. Mathilde Ludendorff herausgegebene Zeitschrift „Am heiligen Quell deutscher Kraft". Dieses Blatt erscheint in einer Auflage von 34 200 Stück. Das Blatt der Weißenberg-Sekte „Der weiße Berg" nennt 7000 Bezieher. Weit überlegen ist ihnen allen das Blatt der „Neugeistbewegung" „Die weiße Fahne" mit einer Auflage von 70 000. Die Spitze aber hält in weitem Abstand die astrologische (!) Zeitschrift „Neues Deutschland" mit einer Ausgabe von 175 000 Stück.

Völkerbund und Minderheitenschutz.

Die österreichische Völkerbundsliga hat auf Grund eines Beschlusses ihres Vorstandes die folgende Resolution der Genfer Delegation der österreichischen Regierung übermittelt: „Eine auf den Prinzipien des Rechtes und der Moral aufgebaute Gesellschaft hat die Pflicht, den nationalen und religiösen Minoritäten einen diesen Prinzipien entsprechenden Schutz zu gewähren. Die Bestrebungen nach Verallgemeinerung des Minderheitsschutzes sind zu billigen, um so mehr als auch die Frage von Krieg und Frieden mit dem Schicksal der nationalen und religiösen Minderheiten verknüpft ist. Die Oesterreichische Völkerbundliga stellt daher an die österreichische Regierung die Bitte, gegen jede einseitige Loslösung der durch Verträge gebundenen Völkerbundmitglieder energisch Stellung zu nehmen und vor allem darauf zu drängen, daß beim Völkerbund eine permanente Kommission für Minderheitenschutz errichtet, das Verfahren vereinfacht und die Aufnahme in den Völkerbund von der Anerkennung der geltenden internationalen Rechtsverbindlichkeiten auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes abhängig gemacht werde.

Die Oesterreichische Völkerbundliga bittet überdies, bei den im Völkerbunde vertretenen Mächten zur Geltung zu bringen, daß — abgesehen von der bekannten Resolution des Völkerbundes vom September 1922 — nach dem Wortlaute der Friedensverträge vom Jahre 1919, und zwar des Art. 69 des Vertrages von St.-Germain, des Art. 60 des Vertrages von Trianon alle Kontrahenten dieser Verträge die darin ausgesprochenen und den Besiegten auferlegten Verpflichtungen des Minderheitenschutzes als „Obligations d'interet international", die unter dem Schutze des Völkerbundes stehen, ausdrücklich anerkannt haben, sodaß — allerdings ohne vertragsmäßige Sanktionen für Individualrechte — **alle diese Staaten die Pflicht zur Einhaltung des Minderheitenschutzes vertragsmäßig übernommen haben."**

Welthandelskonferenz eröffnet.

In Belgrad wurde am Sonntag die XIX. Session der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz unter dem Protektorat des Königs Alexander von Jugoslawien eröffnet. Aufgabe der Konferenz ist es, sich über Fragen zu einigen die namentlich die wirtschaftliche Wiedergeburt Europas, die Stabilisierung der Währung und die Hebung der Landwirtschaft betreffen.

Wahlen in Schweden.

In Schweden haben am Sonntag die Wahlen zu den Landstingen stattgefunden. Nach den vorläufigen Endergebnissen haben die Konservativen 275 (bisher 329) Mandate erhalten. Die landwirtschaftliche Partei erhielt 217 (187), die Volkspartei 117 (138), die sozialdemokratische Partei 503 (469), die sozialistische Partei 15 (3) und die Kommunistische Partei 9 (6) Mandate. Das bisherige Wahlresultat ist zugunsten der Sozialdemokratie ausgefallen.

Der Kampf mit der Dämonie.

Alfred Rosenberg, der Chefredakteur des „Völk. Beobachters", hat in Münster eine Rede gehalten, in der er scharfe Angriffe gegen die Geistlichkeit richtete. „Der Nationalsozialismus hat seine ehemaligen politischen Gegner nicht beseitigt, damit sie nach 10 Jahren unter anderen Voraussetzungen wiederkommen können. Wir verstehen es, daß manche Vertreter des ehemaligen Zentrums sich heute mit dieser Situation noch nicht abgefunden haben. So konnte in den letzten Monaten festgestellt werden, daß sie, nachdem ihnen das Parlament als Rednertorum genommen wurde, die Kanzel zum Rednerpult machten. Wenn die nationalsozialistische Bewegung im Verfolg ihrer Revolution so vorgegangen wäre, wie andere Revolutionen, dann hätten solche Politiker (!?) keine Gelegenheit mehr, derartige Reden zu halten."

Aus Pleß und Umgegned

Zwangsverwaltung in Pleß. Die vom Zwangsverwalter für das Vermögen des Fursten von Pleß bestimmten Bevollmächtigten für den Bereich der Plesser Generaldirektion und der Land- u. Forstwirtschaft haben ihre Amtsgeschäfte bereits aufgenommen. Die Beamtenschaft hat durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung sich verpflichten müssen, den Anordnungen der Bevollmächtigten des Zwangsverwalters Folge zu leisten — Von der Verhängung der Zwangsverwaltung ist das Bürgerliche Brauhaus Tichau, das ein Gesellschaftsunternehmen ist, nicht betroffen.

Fahrplanänderung. Der bisher um 0,15 Uhr ab Pleß nach Kattowitz fahrende Zug ist vom Fahrplan abgesetzt worden. Dafür wird um 22,59 Uhr an Sonn- und Feiertagen ein Zug nach Kattowitz verkehren, für den der Vorortstarif aber keine Gültigkeit hat.

Zurück vom Manöver. Am Sonnabend Nachmittag rückte unsere Schwadron aus dem Manöver heimkehrend wieder in ihr hiesiges Standquartier ein. Zum Empfang hatten sich im Namen der Stadt Bürgermeister Zmij und Erzpriester Bielok eingefunden, die die Heimkehrenden vom Balkon des Rathauses aus begrüßten.

Aus dem Gerichtssaal. Am Sonnabend verhandelte das Kattowitzer Landgericht gegen den Franz Olesch aus Altdorf. Nach der Beweisaufnahme wurde am 21. Januar 1934 von bisher unbekannten Tätern ein Ueberfall auf das Volksbundheim in Altdorf verübt. Die Fenster sind zertrümmert und die Lampen zerschossen worden. Der Leiter des Volksbundheimes Olesch, setzte darauf die im Heim befindliche Sirene in Bewegung, worauf die Täter das Weite suchten. Der Leiter der Altdorfer Feuerwehr glaubte, daß es sich um einen Brand handle und fuhr nach der vermeintlichen Brandstätte. Er und auch die Polizei nahmen an, daß Olesch leichtfertig die Sirene in Bewegung gesetzt habe, um die Ortsfeuerwehr zu narren. Olesch erhielt darauf wegen groben Unfugs ein Strafmandat von 120 zl. Gegen das Strafmandat legte er bei Gericht Berufung ein. Nach Ueberprüfung der Sachlage sprach das Gericht den Angeklagten von jeder Schuld und Strafe frei. — In einer ähnlichen Prozeßsache vor dem gleichen Gericht erfolgte ebenfalls ein glatter Freispruch. Angeklagt war in diesem Falle der Leiter des Volksbundheimes in Sandau, Wilhelm Warzecha. Warzecha erhielt im Januar 1934 eine Verwaltungsstrafe von 100 zl, weil er angeblich die Anmeldevorschriften für Rundfunkgeräte nicht befolgte. Aus der Zeugenvernehmung ergab sich jedoch, daß dem Verurteilten keine Schuld beizumessen war, weshalb das Gericht die Verwaltungsstrafe aufhob.

4800 Zloty gefunden. Am Sonnabend fanden Kinder beim Kühehüten in einem Graben beim Dominium in Smielowitz einen Briefumschlag mit Geld. Sie liefen mit dem Fund sofort zum Amtsvorsteher, der feststellte, daß sich in dem Briefumschlag 4800 zl in Scheinen und in Silber befanden. Ob das Geld jemand verloren hat oder von einem Raubzug stammt, konnte bisher nicht festgestellt werden. In jedem Falle hat der Fund in Smielowitz und Umgegend eine große Aufregung hervorgerufen.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pless, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1.